

Elisabeth Motschmann
Newsletter
18. Januar 2019



**Liebe Bremerinnen und Bremer,
liebe Bremerhavenerinnen und Bremerhavener,
liebe Freundinnen und Freunde,**

mit Schwung starten wir in ein arbeitsreiches Jahr. Das neue Jahr hat für die Union gut angefangen. In Klausuren des CDU-Bundesvorstandes und der CSU-Landesgruppe haben wir Geschlossenheit demonstriert und wollen diese auch tatsächlich mit Leben füllen. Nun gilt es, dass wir intensiv für die berechtigten Anliegen der Bürgerinnen und Bürger und das Wohl unseres Landes arbeiten. Mein Blick ist hierbei vor allem auf Bremen und Bremerhaven gerichtet. Die Menschen haben die Erwartung an uns, dass wir uns um die bestehenden Probleme kümmern. Wohnen, innere und äußere Sicherheit, Verkehr und Mobilität, aber auch Migration und gute Pflege – das sind die Fragen, die ihnen am Herzen liegen. Wir wollen vor allem die Mitte der Gesellschaft und die Familien mit unserer Politik erreichen – das ist die beste Gewähr für einen guten Zusammenhalt in unserem Land. Gleichzeitig wollen wir bei den nicht wenigen Problemen in der Europa- und Außenpolitik Gutes bewirken – für Deutschland und Europa.

In diesen Tagen richtet sich unser Blick aber auch nach London. Heute ist in der englischen Tageszeitung The Times ein Brief an die Briten erschienen, in dem wir die Botschaft übermitteln, dass wir uns ihren Verbleib in der EU wünschen und dass es nie zu spät ist, die bisherige Entscheidung zu überdenken. Der Brief wurde unterzeichnet von den Parteivorsitzenden der CDU, SPD und Grünen sowie von deutschen Wirtschafts- und Kulturvertretern.

Herzliche Grüße
Ihre

Elisabeth Motschmann

Elisabeth Motschmann Newsletter

Frankfurter Allgemeine Zeitung / 18.01.2019 / S. 1

Dringender Appell aus Deutschland für Verbleib der Briten in der EU

Brief der Spitzen von CDU, SPD und Grünen sowie von Wirtschafts- und Kulturvertretern

job. LONDON, 17. Januar. Inmitten des Ringens um einen Ausweg aus der festgefahrenen Lage nach der Ablehnung des Brexit-Vertrags durch das britische Unterhaus haben die Parteivorsitzenden von CDU, SPD und Grünen sowie Spitzenvertreter großer deutscher Wirtschaftsverbände, Unternehmen, Gewerkschaften und Kulturorganisationen in die britische Debatte eingegriffen. In einem offenen Brief, der an diesem Freitag in der Zeitung „The Times“ veröffentlicht werden soll, werben die Unterzeichner für einen Verbleib der Briten in der Europäischen Union. „Wir respektieren Ihre Entscheidung. Und wenn Sie die EU endgültig verlassen wollen, werden Sie immer Freunde in Deutschland und Europa haben. Aber Sie sollten auch wissen, dass unserer Mei-

nung nach keine Entscheidung unumkehrbar ist. Unsere Tür wird immer offen stehen“, heißt es in dem Schreiben. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, Norbert Röttgen (CDU), sagte dieser Zeitung, ihm und den anderen Unterzeichnern sei bewusst, dass der Brief im Königreich als Intervention zugunsten eines zweiten Referendums verstanden werde. Die Initiative sei jedoch aus einer „politischen Verpflichtung“ heraus entstanden, welche die Intensität der zwischen beiden Ländern entstandenen Gemeinschaft widerspiegele.

In einem begleitenden Kommentar in der „Times“ äußert Röttgen die Vermutung, dass die EU zu einer Verlängerung der Austrittsfrist bereit sein werde, wenn die Briten eine neue Volksabstimmung ab-

halten würden. Die Regierung in London kündigte am Donnerstag ein weiteres Parlamentsvotum über den Brexit an. Worum das Unterhaus am 29. Januar abstimmen soll, blieb zunächst unklar. Nach einem überstandenen Misstrauensvotum nahm Premierministerin Theresa May in der Nacht zum Mittwoch Gespräche mit der Opposition auf, um Möglichkeiten für einen Konsens auszuloten. Labour-Chef Jeremy Corbyn knüpfte Gespräche an die Bedingung, dass May zuvor einen ungeregelten Brexit „vom Tisch“ nehme, was diese am Donnerstagabend als „unmöglich“ zurückwies. Schottische Nationalisten und Liberaldemokraten forderten überdies, dass May bereit sein müsse, über ein neues Referendum zu reden.

I. Die Woche im Parlament

In dieser Woche beraten wir außerdem einen Gesetzentwurf zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes. Wir wollen saubere Luft in unseren Städten. Unser Ziel ist es, die individuelle Mobilität zu erhalten und Fahrverbote zu verhindern.

Die vier Staaten Georgien, die Demokratische Volksrepublik Algerien, das Königreich Marokko und die Tunesische Republik sollen als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden. Voraussetzungen für die Gewährung von Asyl, Flüchtlingschutz oder subsidiärem Schutz liegen bei Antragstellern aus diesen Staaten nur in wenigen Einzelfällen vor. Insbesondere mit Blick auf Bündnis 90/Die Grünen möchte ich anfügen: Es ist an der Zeit, Verantwortung für eine zukunftsfähige Asylpolitik zu übernehmen.

Elf internationale Sachverständige werden die Nachhaltigkeitsstrategie Deutschlands begutachten und Empfehlungen für die Überarbeitung aussprechen. Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung, dessen Mitglied ich bin, hat dazu eine Stellungnahme erarbeitet. Die nächste Überarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie steht für 2020 an.

Nationaler Bildungsbericht – Bildung in Deutschland 2018 und Stellungnahme der Bundesregierung. Der seit 2006 alle zwei Jahre erscheinende Bildungsbericht betrachtet umfassend die gesamte Bildungskette von frühkindlicher Bildung bis zur Weiterbildung. Er wird stets von einer unabhängigen Wissenschaftlergruppe erarbeitet. Nachdem der aktuelle Bericht bereits 2018 veröffentlicht wurde, folgt nun die Stellungnahme der Bundesregierung. Hervorgehoben

Elisabeth Motschmann

Newsletter

werden darin eine kontinuierlich gestiegene Bildungsbeteiligung und der Bildungsstand der Bevölkerung. So verfügten beispielsweise 2006 lediglich 23 % der Bevölkerung ab 15 Jahren über eine Hochschulreife, 2016 waren dies bereits 31 %. Darüber hinaus geht die Stellungnahme auch auf Herausforderungen wie die anhaltenden Unterschiede zwischen Bildungsbenachteiligten und Leistungsspitze ein und betont, dass ein steigender Bildungsstand nicht nur zu besserer Integration auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch zu mehr politischem und ehrenamtlichen Engagement sowie einem gesünderen und zufriedenerem Leben führt.

Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken – Gutes Leben und Arbeiten auf dem Land gewährleisten. Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD sollen die Bemühungen der Bundesregierung unterstützt werden, Rahmen- und Förderbedingungen für gutes Leben und Arbeiten auf dem Land zu schaffen. Dazu gehört die Aufforderung zur Gewährleistung eines flächendeckenden Breitbandausbaus, zur Entlastung des besonders in ländlichen Regionen verbreiteten Ehrenamtes von bürokratischen Lasten, die Weiterentwicklung der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes zugunsten ländlicher Regionen sowie die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Kommunen. In Bezug auf die Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen der EU fordern wir unter anderem eine angemessene Mittelausstattung des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums nach dem Jahr 2020 zu berücksichtigen. Zudem soll laut Antragstext die Gemeinsame Agrarpolitik in den anstehenden Beratungen über ihre Neuausrichtung noch stärker auf die Attraktivität ländlicher Regionen ausgerichtet werden.

II. Daten und Fakten

Positive Entwicklung bei den Organspenden im Jahr 2018. Erstmals seit dem Jahr 2010 haben sich die Zahlen zu den Organspenden in Deutschland wieder deutlich positiv entwickelt. Bundesweit haben 955 Menschen nach ihrem Tod ihre Organe für schwerkranke Patienten gespendet. Das entspricht 11,5 Spendern pro eine Million Einwohner, was im Vergleich zum Vorjahr (797 Spender) einer Steigerung von knapp 20 % gleichkommt. Von diesen Spendern konnten 3.113 Organe durch die internationale Vermittlungsstelle Eurotransplant erfolgreich an Patienten auf den Wartelisten vermittelt werden, darunter 1.607 Nieren, 295 Herzen, 779 Lebern, 338 Lungen und 91 Bauchspeicheldrüsen. Damit haben im Durchschnitt drei schwerkranke Patienten eine neue Lebenschance erhalten. Gleichzeitig konnten 3.264 Organe verstorbener Spender in deutschen Kliniken transplantiert werden. Aktuell stehen in Deutschland rund 9.400 Patienten auf den Wartelisten. (Quelle: Deutsche Stiftung Organtransplantation)

Europäisches Datum. 18. Januar 1919 - Beginn der Pariser Friedenskonferenz. Auf den Tag genau 48 Jahre nach der Ausrufung des Deutschen Kaiserreichs im Spiegelsaal von Versailles kamen dort am 18. Januar 1919 die Vertreter der alliierten Siegermächte des Ersten Weltkriegs zusammen. Repräsentanten von 32

Elisabeth Motschmann Newsletter

Nationen nahmen an der Konferenz teil, welche das Ziel hatte, den Ersten Weltkrieg mit einem Friedensschluss zu beenden. Neben der Frage des Umgangs mit den Hauptkriegsgegnern Deutschland und Österreich-Ungarn stand die komplette Neuordnung Mittel- und Osteuropas im Zentrum der Debatten, weshalb die Beratungen für weite Teile Europas von maßgeblicher Bedeutung waren. Ergebnis der einjährigen Friedenskonferenz war der Vertrag von Versailles.

(Quelle: Deutsches Historisches Museum, Berlin)

Elisabeth Motschmann Newsletter

Ohne Frauen ist kein Staat zu machen

Organisiert von meiner Bundestagskollegin Michaela Noll feierten wir am Mittwoch unter dem Motto „Ohne Frauen ist kein Staat zu machen“ 100 Jahre Frauenwahlrecht. Verzaubert wurden wir von dem Gesang der US-amerikanischen Jazz- und Opernsängerin Jocelyn B. Smith. Die Schauspielerin Esther Schweins gab der berühmten Rede der Sozialdemokratin Marie Juchacz vor der Nationalversammlung 1919 ihre Stimme.



In der Deutsch-Parlamentarischen Gesellschaft u.a. mit der Staatsministerin Wiedmann-Mauz und Michaela Noll – am 16.1.2019

Elisabeth Motschmann Newsletter



Die musikalische Begleitung gestaltete die US-amerikanischen Jazz- und Opernsängerin Jocelyn B. Smith – am 16.1. 2019



Michaela Noll (links) hielt die Eröffnungsrede und Esther Schweins (rechts) die berühmte Rede vor der Nationalversammlung von Marie Jucharcz im Jahre 1919 - am 16.1.2019

Elisabeth Motschmann Newsletter

Auswärtiger Ausschuss

In dieser Legislaturperiode sind wir drei Frauen der CDU/CSU im Auswärtigen Ausschuss. In der letzten Legislaturperiode war ich alleine. Gute Entwicklung!



Mit Gisela Manderla (links) und Michaela Noll (rechts) - am 16.1.2019

Elisabeth Motschmann Newsletter

Neujahrsempfang des Parlamentskreises Mittelstand der CDU

Wieder hat AKK eine glänzende Rede gehalten. Diesmal beim Neujahrsempfang des Parlamentskreises Mittelstand der CDU. Davor war ich beim Neujahrsempfang von Luft- und Raumfahrt. Für Bremen ist das ein hochspannendes Thema. Deshalb waren auch Bremer Unternehmer und Firmen (z.B. OHB und Lürssen) vertreten.



Mit Annegret Kramp-Karrenbauer beim Neujahrsempfang des PKM – am 15.1.2019

Elisabeth Motschmann Newsletter

Zum Tod des Danziger Bürgermeisters Pawel Adamowicz

Ich bin zutiefst erschüttert über den grausamen Angriff und Tod des Bürgermeisters Pawel Adamowicz. Ich habe ihn persönlich im Rahmen der langjährigen Städtepartnerschaft zwischen Bremen und Danzig kennengelernt. Meine Gedanken sind bei seiner Familie und Angehörigen. Der Einsatz des Bürgermeisters in den letzten 20 Jahren war beispiellos. Pawel Adamowicz hat Polen eine starke Stimme gegeben und sich couragiert und unermüdlich für ein geeintes und welt-offenes Europa eingesetzt. Wir trauern um einen überzeugenden Europäer.



(Quelle: Spiegel.de)

Klausurtagung des CDU-Bundesvorstandes in Potsdam 13./14.1. 2019

Am 13. und 14. Januar 2019 fand die Klausur des CDU-Bundesvorstandes in Potsdam statt. Drei große Themenschwerpunkte wurden diskutiert:

- das Wahljahr 2019, in dem die Europawahl, Landtagswahlen in Bremen, Sachsen, Brandenburg und Thüringen sowie Kommunalwahlen in zahlreichen Bundesländern stattfinden
- die Veränderungen der wirtschaftlichen und internationalen Rahmenbedingungen
- unser Selbstverständnis in Deutschland vor dem Hintergrund der diesjährigen Jubiläen: 100 Jahre Weimarer Republik, 70 Jahre Grundgesetz und 30 Jahre Mauerfall

Zudem wurde Manfred Weber (CSU) einstimmig zum Spitzenkandidaten von CDU und CSU zur Europawahl 2019 nominiert.

Ein Jahr der großen Aufgaben

Im Anschluss an die erste Klausurtagung als neues Führungsgespann der CDU Deutschlands stellten sich die CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer und ihr Generalsekretär Paul Ziemiak den Fragen der Presse.

Aufgabe der Partei sei es, das Regierungshandeln zu begleiten, sagte die CDU-Vorsitzende zum Ende der Klausurtagung der CDU Deutschlands in Potsdam. Die CDU müsse dabei „Resonanzboden bieten und helfen, in vielen Fragen Entscheidungen herbeizuführen“. Aber die Partei solle sich auch darauf konzentrieren, wofür sie im Kern stehe.

Quo vadis, Deutschland?

Im Bundesvorstand intensiv diskutiert wurde die Frage „Wo stehen wir zu Beginn des Jahres 2019?“, sagte AKK. Deutschland sei noch immer ein stabiles Land mit einem funktionierenden Gemeinwesen, die wirtschaftliche Verfassung sei sehr gut und die gute Situation auf dem Arbeitsmarkt Sorge für volle Kassen. Besonders im direkten Vergleich zu vielen Nachbarn in Europa stünde Deutschland gut da. „Dieses gute und sichere Leben, auch die „schwarze Null“, sind Ergebnisse der geleisteten Arbeit in der Vergangenheit“, so Kramp-Karrenbauer.

Wettbewerb der Systeme

Doch „neue Strukturen“, bspw. die Veränderungen in den USA und die zunehmend nationalistischen Debatten in Europa, würden nach neuen Antworten verlangen. „Wir stehen vor einem Systemwettbewerb“, sagte Kramp-Karrenbauer. Die Soziale Marktwirtschaft und die freiheitlich soziale Grundordnung stünden der Frage gegenüber, „welche Kräfte dort künftig auf uns wirken“. Dies herauszufinden sei für die CDU „ein Auftrag, selbstkritisch überprüfen: Was hat uns getragen, was muss dazu kommen?“

Auch sei dies Gegenstand der Revisionsklausel, die im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vereinbart wurde. Diese „Sollbruchmessung, wenn Sie so wollen“ (in der zweiten Jahreshälfte, Anm. der Red.) solle auf einem festen Grund stattfinden.

Elisabeth Motschmann

Newsletter

CDU steht für Wirtschaftskompetenz

Abseits der weiteren Arbeit am neuen Grundsatzprogramm habe der Bundesvorstand drei Arbeitsschwerpunkte skizziert: Unter dem Stichwort „Wirtschaft“ zusammengeführt seien Debatten um die richtige Ausrichtung der Fachkräftezuwanderung, der Sicherung der Sozialsysteme, die Diskussion um Standortfaktoren („Stichwort: Leistung muss sich wieder lohnen“, AKK). Auch ginge es um eine „Versöhnung zwischen Umweltschutz und wirtschaftlicher Stärke“, nicht zuletzt hinsichtlich der Mobilität als Faktor für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Zum 30. Jahrestag des Mauerfalls soll es eine Reihe an unterschiedlichen Veranstaltungen geben, „die daran erinnern, was zum Fall der Mauer geführt hat“. Auch die Umbrüche in den östlichen Nachbarstaaten, die dem vorangegangen waren, spielten dabei eine Rolle, „und der Mut der Menschen in der damaligen DDR“, sagte AKK.

Jubiläen als Arbeitsauftrag

Das Jahr 2019 böte insgesamt einen Reigen von unterschiedlichen Anlässen, die Geschichte aus der Gegenwart heraus zu bewerten. Zum einen das 100-jährige Jubiläum der Gründung der Weimarer Republik, „vor allem auch in Betrachtung ihres Scheiterns“. 70 Jahre Grundgesetz, „die Grundlage unseres Staats- und Gemeinwesens“, seien ebenso ein Anlass zur Rückschau mit Perspektive nach vorn wie vor dem Hintergrund von 30 Jahren Mauerfall den Blick in den Osten Deutschlands zu richten und die Frage zu stellen: „Wo stehen wir dort heute?“, sagte Kramp-Karrenbauer.

Ziemiak: Wollen nach vorn blicken

CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak skizzierte die weiter geplante Auseinandersetzung mit den Folgen der Ereignisse aus den Jahren 2015 und 2016, die im Rahmen von Werkstattgesprächen aufgearbeitet werden sollen. „Dabei geht es am 11. Februar darum, uns genau zu vergewissern, wo stehen wir heute“, sagte Ziemiak. Was zu tun und zu verbessern sei, wolle man im Austausch mit Praktikern in Erfahrung bringen – „Menschen aus dem BAMF, aus der Kommune, in der die Kindergartenplätze eng werden, oder von der Polizei, mit einem Beamten vielleicht, der Abschiebungen vornimmt“. Auf die interne Veranstaltung soll dann eine öffentliche folgen.

Elisabeth Motschmann Newsletter

Mit Weber ins Wahljahr

Dass CDU und CSU mit dem Europaabgeordneten Manfred Weber erstmals einen gemeinsamen Spitzenkandidaten zur Europawahl aufgestellt hätten, sei ein Signal für die neue Geschlossenheit innerhalb der Unionsfamilie, so Ziemiak. Ein gemeinsames Wahlprogramm von CDU und CSU soll dem folgen. Weber stehe „auch für eine deutliche Unterscheidbarkeit zu den Mitbewerbern“. So sei das erste große Wahlziel für das Wahljahr, die Europawahl erfolgreich zu gestalten.

Quelle: <https://www.cdu.de/artikel/ein-jahr-der-grossen-aufgaben>